FZ

Das Magazin für Finanzielle Zusammenarbeit

KFW

Sonderveröffentlichung
Oktober 2016

Medienpartner
E+Z

Urbanisierung gestalten

Nachhaltige Strategien für wachsende Städte

„Wir brauchen kompakte und gut geplante Städte“

Die Welt ist zur Stadt geworden: Niemals zuvor haben so viele Menschen in Städten gewohnt wie heute – und in den kommenden 35 Jahren wird sich ihre Zahl noch einmal verdoppeln. Im Interview erklärt Roland Siller, Mitglied der Geschäftsbereichsleitung der KfW Entwicklungsbank, warum einige der großen globalen Herausforderungen nur in den Städten zu bewältigen sind und welchen Beitrag die KfW leistet, um sie zu meistern.

In Asien, für das Sie in der KfW zuständig sind, wachsen die Städte besonders stark und schnell. Welche Eindrücke haben Sie bei Ihren Reisen dort in den letzten Jahren gewonnen?
Für mich am augenfälligsten ist, dass vieles in Städten ungeplant passiert. Das verursacht massive Verkehrsprobleme und hohe ökonomische Verluste, führt zu Elendssiedlungen und sozialen Ungleichheiten. Wenn sich Städte völlig ungeplant entwickeln, verlieren sie einen Großteil ihres Potenzials.

Heute leben 3,5 Mrd. Menschen in Städten. Bis zur Mitte des Jahrhunderts wird sich diese Zahl auf 7 Mrd. verdoppeln. Wie können die Städte dieser Welt so viele Menschen aufnehmen, wenn doch schon jetzt vieles im Argen liegt?
Das ist in der Tat eine große Herausforderung. Die Wachstumsprognosen sind enorm und einmalig in der Geschichte. Aber in den Städten liegen Risiken und Chancen nah beieinander. In den verdichteten Räumen kann effizienter gewirtschaftet werden, viele Leistungen lassen sich zu niedrigeren Kosten als auf dem Land bereitstellen. Hier bieten sich noch viele Möglichkeiten.

Was muss geschehen, damit Städte diese Chancen auch tatsächlich nutzen können?

Roland Siller
Mitglied der Geschäftsbereichsleitung der KfW Entwicklungsbank

Sie müssen vor allem klug regiert sein, brauchen eine gute Governance. Damit mehr Qualität und Führungskraft in die kommunalen Verwaltungen kommt, müssen mehr Entscheidungen und Budgets auf die Städte verlagert werden. Ich halte eine Stärkung der Städte für äußerst wichtig, damit sie Investitionen besser vorbereiten und begleiten können.

Welche Investitionen sind aus Ihrer Sicht besonders wichtig?
Die Städte müssen auf jeden Fall Prioritäten setzen. Wie die aussehen, variiert von Stadt zu Stadt. Aber klar ist: Städte müssen produktiv sein, sie müssen ihre ökonomischen Stärken, ihre Wettbewerbsvorteile herausarbeiten. Nur so können Arbeitsplätze und Perspektiven entstehen. Und nur so können Kommunen ihr eigenes Geld verdienen, können Steuern in ihre Etats fließen. Neben der öffentlichen Hand muss auch der Privatsektor stärker eingebunden werden. Geld und Know-how sind Engpassfaktoren für Investitionen in Infrastruktur wie Straßen und Wasserversorgung und

POLITIKZIEL STADTENTWICKLUNG

Die Bundesrepublik Deutschland erachtet Stadtentwicklung als einen wesentlichen Schlüssel, um die globalen Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen. Sie ist daher ein wichtiges Handlungsfeld der deutschen Entwicklungspolitik. „Lebenswerte Städte bieten Entwicklungschancen für alle Einwohner auf unserem Planeten, ob reich oder arm. Es geht um menschenwürdigen Wohnraum, bessere Stadtluft, effiziente und umweltfreundliche Verkehrssysteme, die Versorgung der Menschen mit Wasser und Energie, um die Entsorgung von Müll und Abwasser. Solche Städte sind Orte großer Innovationskraft, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strahlkraft“, so Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller.

www.bmz.de/de/themen/stadtentwicklung

soziale Dienstleistungen wie Schulen und Krankenhäuser.

Welche Rolle spielt der Verkehr für die Zukunft der Städte?
Eine entscheidende. Zurzeit wächst der Individualverkehr nahezu ungebremst, während der öffentliche Nahverkehr meist unterfinanziert ist. Mit starken negativen Folgen für die Städte, die an Wirtschaftskraft und an Attraktivität verlieren. Dabei kann mit Investitionen an der richtigen Stelle viel bewirkt werden, wofür nicht immer gleich eine teure U-Bahn nötig ist. Manchmal genügt eine Busspur, ein Fahrrad- oder Fußweg. Wichtig ist, die Verkehrsmittel aufeinander abzustimmen – ein Prozess, der durch die Digitalisierung einfacher wird.

Sollte Verkehr also das Thema Nummer eins für die Städte sein?
Verkehr ist ein Riesenthema, aber nicht das einzige. Auch andere Dienstleistungen sind in vielen Städten Mangelware: Abfallentsorgung, Wasser, Energie – zig Millionen Stadtbewohner weltweit haben dazu keinen Zugang. Grünflächen, Spielplätze und Sportmöglichkeiten, Kulturangebote, Bildung und soziale Dienste sind ebenfalls wichtig, weil sie Städte lebenswert machen. Hier müssen die Kommunen ansetzen und trotzdem nicht planlos vorgehen.

Städte gelten auch als Motor gesellschaftlichen Fortschritts. Stimmen Sie dieser Aussage zu?
Auf jeden Fall. Gerade in Städten lässt sich die Bevölkerung besser in Entscheidungen einbeziehen – wieder weil die Räume kleiner sind. Insofern können Städte zu einem Instrument der Demokratisierung werden, auch der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern und der Teilhabe der Armen.

Händler profitieren vom verbesserten Zugang zum Markt in Khulna.

Wurde die Bedeutung der Städte schon klar genug erkannt?
Das Bewusstsein wächst, ist aber angesichts der Tragweite noch nicht groß genug: Viele der globalen Herausforderungen werden sich in den Städten entscheiden. Das gilt für den Klimawandel genauso wie für die soziale Ungleichheit. Wir werden die internationalen Nachhaltigkeitsziele nur mit und in den Städten erreichen. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen noch deutlich steigern. Davon profitiert am Ende auch das Land, weil dort mehr Platz sein wird, den wir für die Landwirtschaft brauchen, damit auch eine steigende Weltbevölkerung genug zu essen hat.

Was kann die KfW beitragen?
Wir haben unser Engagement in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet und sagen im Auftrag der Bundesregierung inzwischen über die Hälfte unserer Mittel für Vorhaben in Städten zu. Und wir wollen künftig noch mehr machen, weil wir als KfW unser langjähriges Know-how auf vielen Gebieten einbringen können, die gerade für Städte wichtig sind: Transport, Ressourceneffizienz, das Stärken kleiner und mittlerer Unternehmen, Budgets, Tarife und Transparenz. Stärker hinzukommen wird noch das Thema Klimaresilienz. Auch hier sind es oft Städte, die wegen ihrer Nähe zu Küsten oder Flussdeltas stark betroffen sind.

Wie fördert die KfW?
Wir schauen uns Stadtentwicklung immer unter vier Aspekten an: Städte sollen produktiv, effizient, resilient und lebenswert sein. Es geht uns immer auch um soziale Aspekte, nicht allein um wirtschaftliche. In Khulna, Bangladesch, etwa hat die KfW im Auftrag der Bundesregierung ein Vorhaben gefördert, bei dem ein Wall und eine größere Straße nicht nur einen Slum mit 70.000 Einwohnern vor Überflutungen schützen, sondern über den neuen Verkehrsweg auch Zugang zu einem regionalen Markt geschaffen wurde. So ein Projekt ist für uns idealtypisch, weil es mehrere Effekte miteinander verknüpft.

Kann es der Menschheit wirklich gelingen, die Verstädterung zu beherrschen und das Bedrohliche urbaner Zentren abzuwenden?
Ich bin zuversichtlich, weil die Aufmerksamkeit der Politik wächst. Gekoppelt mit einer unglaublichen Innovationskraft, die dauernd neue Lösungen auch über die Digitalisierung hervorbringt, können wir in den nächsten Jahren viel bewirken in den Städten. Aber natürlich ist das ein Wettlauf gegen die Zeit.

Die Fragen stellte Friederike Bauer.

Beira: Ein Sperrwerk schützt die Stadt vor Hochwasser

Die mosambikanische Hafenstadt Beira leidet unter den Folgen des Klimawandels. Immer häufiger kommt es zu Überschwemmungen, wenn es stark regnet und der Indische Ozean bei Flut Meerwasser in den Fluss Chiveve drückt, der mitten durch die Stadt führt. Die Siedlungen und Märkte an seinem Ufer stehen dann unter Wasser. Doch jetzt wird mit Hilfe der KfW Entwicklungsbank ein Sperrwerk gebaut, das geschlossen werden kann, wenn Springtiden und Starkregen gleichzeitig auftreten.

Beira ist eine wichtige Hafenstadt an der Küste Mosambiks. Weite Teile der 500.000-Einwohnerstadt liegen gerade eben auf dem Niveau des Meeresspiegels. Der Flusslauf, der durch die Stadt führt, wurde lange Zeit vernachlässigt. Schon vor Jahrzehnten war im Mündungsbereich eine Brücke eingestürzt. Ihre Trümmer versperrten den Weg zum Meer, der Fluss verlandete zusehends und konnte das Hinterland nicht mehr entwässern. Auf dem so entstandenen Schwemmland wurden Abfälle entsorgt. Das stehende Wasser begünstigte die Vermehrung von Mücken, die Malaria übertragen. Bei besonders hohen Fluten und gleichzeitigem Starkregen trat der Rio Chiveve über seine Ufer und überflutete weite Bereiche des Stadtgebietes und die Siedlungen der ärmsten Bewohner der Stadt.

Das ändert sich jetzt: Ein Sperrwerk, wie es auch an der norddeutschen Küste üblich ist, wird Beira künftig vor Hochwassern schützen. Die KfW finanziert seit 2015 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit 13 Mio. EUR den Bau des Sperrwerks. Dessen Tore lassen sich manuell rechtzeitig schließen, wenn heftige Niederschläge im Landesinneren oder besonders hohe Fluten gemeldet werden. Der Indische Ozean hat an der Küste von Mosambik einen Tidenhub von bis zu sieben Metern. Durch den Klimawandel nehmen sowohl Niederschläge als auch Trockenperioden in dem südafrikanischen Land zu – die Notwendigkeit, Beira vor den Elementen zu schützen, wurde daher immer dringender.

Das Sperrwerk wird Überflutungen im Stadtkern von Beira verhindern.

Diese Maßnahme ist eingebettet in ein umfassendes Konzept zur Renaturierung und Aufwertung des Flusslaufs im Stadtgebiet: Der Rio Chiveve, der zuletzt eher einem schmalen Graben als einem Fluss ähnelte, wird ausgebaggert, ebenso der Hafen von Beira. Dies nutzt den Fischern und Händlern.

Im Zuge der Renaturierung des Flusslaufs übernimmt eine lokale Nichtregierungsorganisation in Zusammenarbeit mit der KfW die Wiederaufforstung mit Mangroven entlang des Ufers. „Der Fluss wird wieder frei atmen“, erklärt Pascale Magin, die bei der KfW Entwicklungsbank für Mosambik zuständig ist. Der bislang ungeregelte Markt am Fluss wird feste Stände erhalten. An den Ufern entstehen Parks; für die Entsorgung des Abfalls wird mit der Stadtverwaltung Beira ein Konzept erarbeitet. Wilde Müllablagerungen gehören dann der Vergangenheit an.

Von den Überschwemmungen waren vor allem sehr arme Stadtteile betroffen. Der Bau des Sperrwerks und die Aufwertung des Flusslaufs kommen daher insbesondere der armen Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung des Stadtzentrums zugute.

Charlotte Schmitz

Lichtblick für Pendler in Tunis

Fünf S-Bahnlinien sollen täglich 350.000 Menschen befördern

Der öffentliche Nahverkehr in Tunis stößt an seine Grenzen.

Der wirtschaftliche Aufschwung und das Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahre haben Tunesiens Infrastruktur an ihre Grenzen gebracht. Vor allem in der Zwei-Millionen-Metropole Tunis hat der Verkehr stark zugenommen. Pendler, die das Auto benutzen, müssen mit langen Staus rechnen, und das öffentliche Nahverkehrsnetz ist nicht ausreichend ausgebaut.

Abhilfe soll ein S-Bahnsystem in der tunesischen Hauptstadt schaffen, das auch die benachteiligten Vororte besser an das Geschäftszentrum anbindet. Im Gegensatz zu Bussen und Straßenbahnen fährt die S-Bahn auf einer eigenen Trasse und damit unabhängig vom Straßenverkehr. Ein weiterer Vorteil ist ihre Umweltfreundlichkeit.

Realisiert wird das Projekt vom eigens gegründeten öffentlichen Unternehmen Société du Réseau Ferroviaire Rapide de Tunis (RFR). Die KfW Entwicklungsbank beteiligt sich im Auftrag der Bundesregierung an der Finanzierung des Streckenbaus. Weitere Geber sind die Europäische Investitionsbank, die französische Entwicklungsbank Agence Française de Développement (AFD) und die Europäische Union. Für die ersten beiden Linien, die im Bau sind und Ende 2018 fertig werden sollen, beträgt der über die KfW bereitgestellte deutsche Finanzierungsanteil 47 Mio. EUR.

Insgesamt sind fünf S-Bahnlinien auf einer Gesamtlänge von 85 Kilometern vorgesehen. Sie sollen täglich 350.000 Menschen befördern und die Zunahme des Autoverkehrs bremsen. Den Prognosen zufolge können so etwa 50.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr eingespart werden.

Die KfW unterstützt die RFR auch dabei, die mit dem Bau verbundenen Eingriffe möglichst umwelt- und sozialverträglich zu gestalten. „Uns ist wichtig, dass es einen ernsthaften Austausch mit der betroffenen Bevölkerung gibt“, erklärt Jens von Roda-Pulkowski, der zuständige Projektmanager der KfW. Bürgerbeteiligung, Entschädigungen und ein Beschwerdemanagement sollen für eine hohe Akzeptanz des Großprojekts sorgen.

Katja Dombrowski

STÄDTE NACHHALTIG ENTWICKELN: MOBILITÄT FÜR ALLE

Auf der Habitat-III-Konferenz im Oktober in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito will die internationale Gemeinschaft eine globale Urbanisierungsstrategie für die nächsten 20 Jahre formulieren. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt den deutschen Beitrag zur Umsetzung dieser „Neuen Urbanen Agenda“. In diesem Zusammenhang kündigte Minister Dr. Gerd Müller eine neue Mobilitäts-Initiative des BMZ an, die Anstöße für eine globale Verkehrswende geben soll. Im Mittelpunkt der Initiative steht eine sozial verträgliche, innovative und klimafreundliche Verkehrsentwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Ziel ist es, Verkehr ressourcenschonend zu gestalten, das Zusammenspiel verschiedener Verkehrsträger und des nicht-motorisierten Verkehrs zu verbessern sowie sichere und bezahlbare Mobilität für alle zu schaffen. Die Finanzielle Zusammenarbeit verstärkt dafür ihr weltweites Engagement im Bereich nachhaltiger und inklusiver städtischer Mobilität und sieht allein für 2017 Zusagen in Höhe von 1 Mrd. EUR vor.

KfW bietet indischen Kommunen innovative Finanzierungslösung

Leere Kassen – auch für indische Kommunen ein alltägliches Problem. Die Einnahmen aus Steuern und Gebühren sind gering. Der Finanzmarkt gewährt Kommunen nur unzureichend Kredite, weil ihre Bonität zu gering ist. Hier setzt die KfW mit einer innovativen Lösung an: Sie unterstützt einen Fonds für kleinere Städte und Gemeinden im Bundesstaat Tamil Nadu, der die Finanzierung von Wasser-, Abwasser- und Abfallentsorgungssystemen sowie den Straßenbau ermöglicht.

Eine zehn Hektar große Tempelanlage thront über der Stadt Tiruvannamalai im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu. So großartig die kulturellen Zeugnisse der Vergangenheit, so problematisch die Gegenwart: Wie in vielen Städten Indiens funktioniert auch hier die Wasserversorgung bisher nicht ausreichend. Manchmal ist die Versorgung auf drei Stunden pro Tag eingeschränkt. Auch eine angemessene Entsorgung des Abwassers fehlt. Doch nun hat die Stadt – mit rund 145.000 Einwohnern eine der kleineren Kommunen Indiens – einen Kredit von 6 Mio. EUR aufgenommen, um ihre Infrastruktur zu erneuern. Dazu nutzt sie den Tamil Nadu Urban Development Fund (TNUDF).

Die KfW finanziert den Fonds seit 2008 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit bisher 260 Mio. EUR. Dessen Fondsmanager nutzt zwei Wege: Den Kommunen werden erstens direkt Kredite und Zuschüsse zur Verfügung gestellt und zweitens durch ein Finanzierungsvehikel ermöglicht, selbst Anleihen am Kapitalmarkt zu emittieren. Hierbei verbessern die Mittel des BMZ die Bonität der Anleihen, so dass auch kleine und mittlere Gemeinden eigenständig Finanzmittel am Kapitalmarkt aufnehmen können.

Kinder erkranken seltener an Durchfall, wenn das Trinkwasser sauber ist.

„Unser Partner ist ein Pionier in der indischen Kommunalfinanzierung und verschafft Kommunen auf innovative Weise Mittel, um Infrastruktur und Lebensbedingungen zu verbessern“, betont KfW-Projektmanager Morten Koch. Gleichzeitig können die Gemeinden erste Erfahrungen am Kapitalmarkt sammeln und werden unterstützt, eigenständig Bauprojekte durchzuführen. Die Herausforderung für den Fondsmanager liegt auch darin, die gebündelten Kommunalanleihen bekannt zu machen, um ein in Indien noch junges Segment am Kapitalmarkt zu etablieren.

Der Fonds wurde für den Bundesstaat Tamil Nadu eingerichtet, weil hier bereits rund die Hälfte der Einwohner in Städten lebt. Wie in vielen Ländern der Erde nimmt auch in Indien die Urbanisierung rasch zu. Bisher hat der TNUDF über 20 Projekte bewilligt, die mehr als einer Viertelmillion Menschen zugute kommen. Allein in der Stadt Tiruvannamalai profitieren 13.500 Haushalte von der verbesserten Wasserversorgung. Dies dient nicht nur einer verbesserten Lebensqualität, sondern reduziert auch Todesfälle aufgrund von Durchfall und anderen Erkrankungen insbesondere bei Kindern.

Charlotte Schmitz

Grüner, bezahlbarer Wohnungsbau in Mexiko

Erschwingliches und zugleich energieeffizientes Bauen wird in Mexiko ein immer wichtigeres Thema und steht auch auf der Agenda der Regierung. Hier engagiert sich die DEG durch die Zusammenarbeit mit einem mittelständischen Bauträger.

Wie in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern ist auch in Mexiko der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum sehr hoch: Schätzungen gehen von einem Defizit von knapp 9 Mio. Wohnungen und Häusern aus. Zudem steigt der Energieverbrauch in dem aufstrebenden Schwellenland seit langem an: Rund 20 % davon entfällt auf die privaten Haushalte. Energieeffizienter Wohnungsbau ist ein wichtiges Instrument, den Energieverbrauch zu begrenzen und somit das Klima zu schützen.

Daher hat die DEG dem Bauträger Promotora de Viviendas Integrales, S.A. de C.V. (Vinte) aus dem Großraum Mexiko-Stadt ein langfristiges Darlehen in Lokalwährung in Höhe von umgerechnet rund 17 Mio. EUR bereitgestellt. Das erfahrene Unternehmen – Vinte hat bereits über 23.000 Häuser und Wohnungen gebaut – verfügt so über das erforderliche Kapital, um langfristig planen zu können. In den kommenden Jahren will Vinte knapp 2.000 Häuser nach strengen grünen Standards bauen – vor allem für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die für den Kauf der Häuser zinsverbilligte Darlehen nationaler Entwicklungsbanken erhalten können.

Im Vergleich zur konventionellen Bauweise können die CO_2-Emissionen um mindestens 20 % gesenkt werden. Zu den energetischen Maßnahmen gehören Solaranlagen zur Warmwassererzeugung sowie wassersparende Toiletten und Duschen. Dabei sind die Einsparungen bei den Stromkosten für die neuen Eigentümer ein besonders wichtiger Aspekt.

Grüner wohnen in Mexiko

Das Regenwasser in den Neubaugebieten wird zu 80 % wieder dem Grundwasser zugeführt, und es gibt eine geregelte Abfallentsorgung. 35 % der Flächen sind außerdem für öffentliche Nutzung vorgesehen, etwa für Parks, Spielplätze und Schulen. Die DEG hat zusätzlich eine begleitende Maßnahme zur Entwicklung eines ressourcenschonenden Baustoffs u.a. aus Reisschalen kofinanziert. In einer ersten Phase hat sich dieser Baustoff bei der Errichtung von Prototypen bereits bewährt, nun wird die Verwendung beim Bau von Häusern in größerer Stückzahl geprüft.

Der mexikanische Bauträger Vinte hat verschiedene umweltfreundliche Konzepte für eine integrierte Stadtplanung entwickelt und umgesetzt. Das Unternehmen wurde mehrfach für nachhaltige Architektur und energieeffizienten Wohnungsbau ausgezeichnet, u.a. von der Financial Times und der Weltbank.

Sabine Balk

DAS ENGAGEMENT DER DEG

Zu den Aufgaben der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH zählt das Engagement für den Klimaschutz ebenso wie die Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. In Mexiko ist sie bereits seit 1966 tätig und seit 2003 mit einem Büro vor Ort aktiv. Die DEG hat dort bisher über 700 Mio. EUR für Investitionen von Unternehmen bereitgestellt, beispielsweise im Infrastruktursektor mit dem Schwerpunkt erneuerbare Energien. Ganz entscheidend für die DEG ist, dass von ihr mitfinanzierte Vorhaben in Entwicklungsländern nachhaltig positiv wirken. Sie ist ein Tochterunternehmen der KfW Bankengruppe.

Porträt Lidia Vásquez

Lidia Vásquez gehört zu den mehr als 90.000 Menschen in San Salvador, die früher in einer Hütte hausten und heute in einem Haus mit Wasser und Strom wohnen.

Damals wurden die Näherin und ihre Kinder als „Hüttenbewohner“ – als „Champeros“ beschimpft. Denn sie lebten in provisorischen Wänden aus Blech, ohne Wasser und Strom; als Toilette diente eine Latrine. Das ist zum Glück Vergangenheit. Zwar befindet sich Lidia Vásquez immer noch im selben Viertel, aber die Hütten haben sich in Häuser verwandelt, die Slums in Wohngebiete, die Trampelpfade in gepflasterte Wege. Hier und da gibt es noch Wellblechwände, aber fast jeder hat inzwischen fließendes Trinkwasser, Strom und Toiletten.

„Der Unterschied ist enorm“, sagt die 73 Jahre alte Frau, deren Kinder mittlerweile groß und ausgezogen sind. Zusammen mit tausenden anderer Menschen profitiert sie davon, dass die Slums im Großraum der Landeshauptstadt San Salvador umfassend saniert werden. Seit 1986 arbeitet die Nichtregierungsorganisation FUNDASAL an dem Programm und hat es mit internationaler Unterstützung inzwischen in rund 40 Stadtteilen umgesetzt. Auch die KfW Entwicklungsbank hat sich im Auftrag der Bundesregierung an der

Lidia Vásquez freut sich über ihr saniertes Haus.

Aufwertung der Slums mit insgesamt 53 Mio. EUR beteiligt.

Wie Lidia Vásquez hatte der Bürgerkrieg viele Menschen in den achtziger Jahren in die Hauptstadt getrieben: Schnell reihte sich dann in deren Außenbezirken Blechhütte an Blechhütte, entstanden provisorische Wege und Wasserstellen. Den Strom zapfte man illegal aus Leitungen; bei Starkregen standen die Hütten oftmals unter Wasser. In der Enge der Elendssiedlungen kam es auch zu Gewalt und Kriminalität. Lidia Vásquez erinnert sich mit Schaudern an die Zeit zurück.

FUNDASAL hat es sich dann zur Aufgabe gemacht, die Slums in bewohnbare Viertel zu verwandeln – nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“. Dafür packten die Bewohner auch selber mit an; sie halfen beim Befestigen der Wege und dem Bau von Gehsteigen. Stützwände sicherten Hänge ab, die bei Regen immer wieder weggebrochen waren. Neue Wasserleitungen brachten sauberes Trinkwasser und Strom schließlich den Anschluss an das moderne Leben.

Zugleich entstanden auch soziale Einrichtungen wie Spielplätze und Grünflächen. „Das Gemeindehaus ist das Zentrum des Stadtteils“, erzählt Lidia Vásquez. Dort finden Zusammenkünfte statt, die es früher nicht gab, weil sich die Menschen „aufgrund ihrer Armut und der Gewalt in ihrem Umfeld für nichts interessierten.“ Sie selbst habe sich nicht getraut, vor anderen Personen zu sprechen. „Ich hatte immer Angst, wenn man mich etwas fragte.“ Auch das hat sich geändert. Regelmäßige Diskussionen im Gemeindehaus sind nun normal. Lidia Vásquez möchte hier nicht mehr weg: „Es ist jetzt schön und wir müssen erhalten, was durch die Anstrengung aller erreicht wurde.“

Friederike Bauer

Impressum **Verleger** KfW, Anstalt des öffentlichen Rechts, LGc1, Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main **Redaktion** Dr. Solveig Buhl, Klaus Gihr, Friederike Zeitler (alle KfW) **Autoren** Sabine Balk, Friederike Bauer, Katja Dombrowski, Charlotte Schmitz **Kontakt** info@kfw-entwicklungsbank.de **Gestaltung** Jan Hofmann (Frankfurter Societäts-Medien) **Fotos** KfW-Bildarchiv/photothek.net, Titel, S. 5; KfW-Bildarchiv/Gaby Gerster, S. 2; KfW Bankengruppe/Jashim Salam, S. 3; INROS LACKNER SE/Jan Heskamp, S. 4; KfW Bankengruppe/Anne Schönharting, OSTKREUZ, S. 6; Vinte/Karla Ramírez, S. 7; KfW Bankengruppe/Antje Begemann, S. 8 **Druck** Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt am Main **Redaktionsschluss** 21. September 2016
Diese Publikation wurde klimaneutral auf FSC®-zertifiziertem Papier gedruckt.